

werden kann. Der Marshallplan beschleunigte die Spaltung Europas und Deutschlands und führte zur Integration des westlichen Landesteiles in die westliche Allianz. Hier im Zentrum Europas eskalierte im Verlauf des Jahres der Konflikt zwischen dem westlichen System unter der Führung der USA und dem östlichen System unter der Führung der Sowjetunion. In der Berlin-Krise im Jahre 1948 spitzte sich die Ost-West-Blockkonfrontation zu und bedeutete die erste große politische Krise zwischen den beiden Supermächten.

### 3. Berlin als Schnittpunkt der feindlichen Systeme und die Krise 1948/49

Die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes wirkte sich freilich auch auf die gemeinsame alliierte Besatzungspolitik in Berlin aus und spitzte sich nach der Einführung der getrennten Währungsreform im Westen und Osten Deutschlands 1948 mit der Blockade der Stadt durch die Sowjetunion dramatisch zu. Vor dem Hintergrund, dass Berlin die ehemalige Reichshauptstadt des nationalsozialistischen Regimes war und sozusagen das Machtzentrum des »Führerstaates« darstellte, wo zentrale Entscheidungen im Eroberungs- und Vernichtungskrieges getroffen wurden, besaß die Stadt einen hohen symbolischen Stellenwert für die alliierten Siegermächte. Noch vor der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches« am 8. Mai 1945 hatte Berlin durch die Londoner European Advisory Commission einen Sonderstatus erhalten. Das »Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Berlin« (Londoner Protokoll) vom 12. September 1944 diente als Grundlage für die konkreten Abmachungen der Konferenzen von Jalta und Potsdam. Die Alliierten planten, in Berlin eine gemeinsame Besatzungsherrschaft ausüben zu wollen. Dazu wurde die Stadt in drei Sektoren eingeteilt, d. h. in eine amerikanische, britische und sowjetische Besatzungszone; später entstand aus zwei Sektoren der Briten die französische Zone. Zu diesem Zeitpunkt lebten schätzungsweise 1,8 Millionen Menschen in den westlichen Sektoren, im östlichen etwa 1,1 Millionen.

In einem weiteren Abkommen vom 14. November 1944 wurde vereinbart, einen Alliierten Kontrollrat ins Leben zu rufen, der als die entscheidende gemeinsame Behörde ihren Sitz in Berlin haben sollte. Die gemeinsame Verwaltung und Regierung der Stadt lag in den Händen der Alliierten Kommandantur, einer Art »Kontrollrat en miniature« (Wolfgang Benz), die aus den vier Oberbefehlshabern der alliierten Truppen bestand, dem Alliierten Kontrollrat direkt unterstand und am 11. Juli 1945 seine Arbeit aufnahm. Damit war die Anwesenheit der vier Siegermächte im Zentrum der Stadt festgelegt, von dem aus das Nachkriegsdeutschland gemeinschaftlich regiert werden sollte. Hierbei wurde die gemeinsame Zusammenarbeit in der Kommandaturverwaltung von Anbeginn durch die Möglichkeit der einzelnen Stadtkommandanten infrage gestellt, letzten Endes – insofern bei einzelnen Problemen kein gemeinsamer Beschluss gefasst wurde – selbstständig in den jeweiligen Zonen zu operieren. Je mehr sich indes das Verhältnis der Alliierten insgesamt verschlechterte und die Deutschlandfrage an Brisanz gewann, umso größer wurde die Bedeutung der einzelnen Militärregierungen.<sup>144</sup>

144 Siehe Jürgen Wetzel, Berlin, in: Benz, Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 385–390, hier S. 387.

Bei den westalliierten Behörden in Berlin setzte sich frühzeitig immer mehr die Erkenntnis durch, dass sich ihre Vorstellungen hinsichtlich des Demokratie- und Wirtschaftsmodells sowie der Sozialordnung gegenüber den sowjetischen Plänen fundamental unterschieden. Denn angesichts der Schaffung einer Reihe wichtiger vollendeter Tatsachen der sowjetischen Führung war klar, dass deren Zweck darin lag, von dem politischen Zentrum Berlin aus die gesamtdeutsche Entwicklung in entscheidenden Punkten vorwegzunehmen. Die Gegensätze zeigten sich bereits am 10. Juni 1945, als nämlich Moskau – entgegen der alliierten Vereinbarung, in Deutschland überlokale und überregionale Organisationen und Einrichtungen erst zu einem späteren Zeitpunkt zuzulassen – in Berlin mit dem Aufbau einer »antifaschistisch-demokratischen Ordnung« begann und einen Prozess von Parteigründungen in Gang setzte, deren Ausrichtung auf Gesamtdeutschland zielte. Von den zugelassenen Parteien, die alle auf die Formulierung grundsätzlicher Alternativen zur sowjetischen Linie verzichten mussten und die Zulassung nur erhielten, insofern sie sich in die »antifaschistisch-demokratische Front« einreiheten, nahm die KPD die Schlüsselrolle ein.<sup>145</sup>

Gleichwohl musste die Sowjetunion die besonderen Bedingungen in Berlin berücksichtigen, denn noch teilte sie die Macht mit den drei Westmächten. Diese wiederum gingen dazu über, ihre eigenen Grundsätze schrittweise in die politische Praxis umzusetzen, sodass sich langsam die Gegensätze zwischen den westlichen und östlichen Besatzungsmächten zuspitzten. In der östlichen Besatzungszone wurde unter der Ägide Moskaus am 21./22. April 1946 die zwangsweise Vereinigung der KPD und der SPD zur SED durchgeführt, während die Westmächte für den 31. März 1946 in ihren Berliner Sektoren eine geheime Urabstimmung über ebendieses Zusammengehen zuließen; im sowjetischen Sektor war die Abstimmung nicht erlaubt. 82,3 Prozent der sich beteiligenden SPD-Mitglieder sprachen sich hierbei gegen die organisatorische Vereinigung aus. Kurz darauf, am 31. Mai 1946, ließen die Alliierten Kommandanten in ganz Berlin sowohl eine unabhängige SPD als auch die neue SED zu.

Die nach der Urabstimmung anstehenden ersten (und vorerst letzten) freien Wahlen in Gesamtberlin am 20. Oktober 1946 standen bereits ganz im Zeichen der Frage, ob die Stadt der sowjetischen oder der westlichen Politik folgen würde. Insgesamt beteiligten sich 92,3 Prozent der zur Wahl zugelassenen Bürger Berlins. Die massiv von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützte SED erzielte 19,8 Prozent, sodass sich der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt für die »Partnerschaft« mit dem demokratischen Westen entschied.<sup>146</sup>

Gleichwohl war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden, ob die Westmächte überhaupt in Berlin bleiben würden. Mit dieser Frage beschäftigten sich die westlichen Alliierten im Allgemeinen und die Vereinigten Staaten im Besonderen im Zusammenhang mit der anvisierten Währungsreform und den Plänen der Integration Westdeutschlands in das westliche Staatenbündnis, die allerdings nach den ersten Anzeichen der Gefahr einer Blockade seitens der Sowjets fortan im Mittelpunkt stand.

Die Reorganisation des durch den Nationalsozialismus vollkommen zerstörten Währungssystems betrachtete das amerikanische Außenministerium als zentralen

145 Siehe Gerhard Wettig, Berlin vor den Herausforderungen des Kalten Krieges 1945–1989, in: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer europäischen Metropole, Bonn 1999, S. 157–186, hier S. 158.

146 Siehe Udo Wetzlaugk, Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49, Berlin 1998, S. 29 f.

Bestandteil des Marshallplanes. Voraussetzung für die Einbeziehung der drei westlichen Besatzungszonen war die Durchführung der Währungsreform. Die Einführung der Deutschen Mark am 20. Juni 1948 läutete das Ende der Zwangsbewirtschaftung ein, die bis zu diesem Zeitpunkt das tatsächliche Ausmaß des Kaufkraftverlustes der Reichsmark noch mehr oder weniger verdeckt hatte. Mit den Lebensmittelkarten und dem sonstigen Bezugsscheinsystem verschwand auch der »Schwarze Markt«, der quasi zum Sinnbild des Wirtschaftslebens der frühen Nachkriegszeit avancierte.<sup>147</sup>

Die Währungsreform implizierte die unmittelbare Verschmelzung der Wirtschaftspolitik in der amerikanischen, britischen sowie französischen Zone und war eine wichtige Etappe zur Gründung eines westdeutschen Staates. Für Berlin war zunächst aufgrund seines Viermächtestatus die Währungsreform nicht vorgesehen. Als aber die Sowjetunion ihrerseits am 23. Juni mit der Anordnung einer eigenen Währungsumstellung in ihrer Besatzungszone antworteten, die vom nächsten Tage auch für Berlin galt, entschlossen sich die westlichen Alliierten, die Deutsche Mark in den drei Westsektoren der Stadt einzuführen. Ab dem 24. Juni 1948 galt auch im Westteil Berlins die DM als gesetzliches Zahlungsmittel, wobei hier die Banknoten ein aufgestempeltes »B« erhielten und fortan als »Bären-Mark« apostrophiert wurde. Auch die Ost-Mark wurde als gleichberechtigtes Zahlungsmittel akzeptiert. Die sowjetische Militärregierung verbot die DM in ihrer Berliner Zone und stellte den Besitz unter Strafe. Diese konfliktreiche Entwicklung hatte sich indes bereits wenige Monate vorher abgezeichnet, als die Sowjetunion den Druck auf Berlin mit einer »Mini-Blockade« erhöhte.<sup>148</sup> Die Verkehrsbehinderungen auf den Zufahrtsstraßen Berlins führten unter anderem zu einem Ausfall von Versorgungsgütern, die eine erste kleine Luftbrücke der Amerikaner durch den Militärgouverneur Clay nach sich zog. Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Oberbefehlshaber Marshall Wassili D. Sokolowski den Alliierten Kontrollrat und am 16. Juni 1948 zogen die sowjetischen Vertreter unter Protest aus der Sitzung der ausschließlich für Berlin zuständigen Alliierten Kommandantur ab. Nachdem Sokolowski das Ende der Viermächteverwaltung für Berlin verkündet hatte, stellte dann die Kommandantur zum 1. Juli 1948 ihre Arbeit ein.

Dem ging allerdings die eigentliche Antwort der sowjetischen Besatzungsregierung voraus, als sie sich nach der westlichen Währungsreform zu der vollständigen Blockade der Berliner Westsektoren entschloss. Die Einführung der DM in den drei Sektoren Berlins am 24. Juni 1948 koinzidierte zeitlich mit der Absperrung des gesamten Verkehrs zwischen den Westsektoren der Viermächtestadt und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, ob auf Schiene, Straße oder Wasserwegen. Zudem wurde auch die Stromversorgung eingestellt. Nach Einschätzung der westlichen Regierungen schien die Blockade, die nahezu zwei Millionen Menschen der Stadt massiv mit der Aushungerung bedrohte, darauf hinauszulaufen, dass Stalin Berlin als geopolitischen Faustpfand benutzte. Denn: »Mit der Sperraktion wollten die Sowjets Berlin als Hebel ansetzen und die von den Westmächten geplante Gründung eines deutschen Teilstaats in den drei Westzonen verhindern, mindestens aber wollten sie

147 Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 129.

148 Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 224.

die Westmächte hinausdrängen und die ganze Stadt in ihre Besatzungszone integrieren.«<sup>149</sup>

Insbesondere Clay<sup>150</sup> erkannte den Ernst der Lage und die politischen Implikationen, falls der Moskauer Provokation keine eindeutigen Reaktionen der westlichen Alliierten folgen würden. Letztlich konnte er sich zwar in der US-Administration mit seinem Vorschlag, der Blockade mit amerikanischen Truppen ein Ende zu bereiten, nicht durchsetzen. Gleichwohl war sein politischer Einfluss so stark, um Truman zu seinem Entschluss zu bringen, Berlin nicht kampflos der Sowjetunion zu überlassen. Truman wollte sich von Moskau in keinem Fall einschüchtern lassen. Neben der als defensive Maßnahme gedachten Verlegung von schweren Bombern nach Europa sollte eine Luftbrücke, an der sich dann auch die Briten beteiligten, die Zivilbevölkerung in den Westsektoren Berlins unter anderem mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Brennstoff und Industriegütern versorgen. Ab Juni 1948 flogen die alliierten Flugzeuge schätzungsweise 270 000 Einsätze. Die durch die Luftbrücke entstandenen Kosten von rund 200 Millionen Dollar wurden im Wesentlichen durch die amerikanischen und britischen Steuerzahler abgedeckt. Bereits ab Februar 1949 wurden erste Verhandlungen zur Beendigung der Verkehrsbehinderungen eingeleitet, die durch das New Yorker Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA vom 4. Mai zur Aufhebung der Blockade am 12. Mai 1949 führte.<sup>151</sup>

Nach Ansicht des deutschen Historikers Manfred Görtemaker erwies sich die sowjetische Absicht, die westlichen Alliierten durch die fast elf Monate dauernde Blockade Berlins zu einer deutschlandpolitischen Kursänderung zu bewegen, als Bumerang. Denn dadurch erreichten sie in allererster Linie eine verstärkte Solidarisierung im Westen »und förderte[n] vor allem die amerikanische Bereitschaft, sich für Deutschland und Berlin zu engagieren. Sie war nicht nur eine Bewährungsprobe, bei der es galt, der sowjetischen Expansion, die man auch in anderen Teilen Deutschlands und der Welt beobachten konnte, Einhalt zu gebieten, sondern ebenso sehr die Auseinandersetzung zwischen dem sowjetischen Goliath und dem Berliner David, bei der man sich ohne Zögern auch gefühlsmäßig dem vermeintlich Schwächeren zuneigte.«<sup>152</sup>

Zudem führten die Berliner Blockade und die Luftbrücke vor allem dazu, dass sich die Bevölkerung noch stärker auf die Seite der westlichen Besatzungsmächte schlug und diese als Schutzmacht akzeptierten. Man erkannte die Gefahr, dass ein Nachgeben gegenüber Stalins Politik mit fatalen Konsequenzen verbunden gewesen wäre und es nicht nur bei der zu erwartenden sowjetischen Machtergreifung der Westsektoren Berlins geblieben wäre. Getreu der Devise »Für die Demokratie, gegen den Kommunismus« bekundeten schon am ersten Tag der Blockade knapp 70 000 Berliner Menschen auf einer Protestkundgebung ihre Bereitschaft, die Politik der westlichen Alliierten zu unterstützen, als sie die Appelle von führenden SPD-Politikern, den kommunistischen

149 Werner Breunig, Berlin-Blockade, in: Benz, Deutschland unter alliierter Besatzung, S. 330–333, hier S. 331.

150 Vgl. hierzu auch Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1950.

151 Siehe hierzu im Einzelnen Wetzlaugk, Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49, S. 85 f.

152 Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 43.

tischen Maßnahmen mit entschiedenem Widerstand zu begegnen, mit gewaltigem Beifall beantworteten.<sup>153</sup>

Kurz darauf, am 11. Juli 1948, plädierte auf einer Massenkundgebung der SPD der Berliner Regierende Bürgermeister Ernst Reuter vor dem Schöneberger Rathaus quasi für eine westliche Solidargemeinschaft gegenüber dem sowjetischen Kommunismus. Hierbei scheute sich der ehemalige Kommunist nicht, zwei zentrale historische Metaphern der unmittelbar zurückliegenden Geschichte in ganz spezieller Weise umzukehren. »Es ist einmal«, so Reuter,

in diesen Tagen gesagt worden, es bestünde die Gefahr eines neuen Münchens. Ich sehe diese Gefahr eines neuen Münchens nicht mehr. [...] Stalingrad wurde der große Wendepunkt der großen Auseinandersetzung. Wir in Berlin sind das Stalingrad der deutschen Freiheit! (Beifall) An diesem Punkte werden die Wellen sich brechen, und wir mit unseren Leibern und wir mit unserem Willen, wir sind die Mole, an der die Wellen sich brechen werden, und wenn wir mit unseren Leibern begraben werden sollten in dieser Mole, die Wellen werden gebrochen werden.<sup>154</sup>

Nach Auffassung des deutschen Historikers Jost Dülffer konnte ein deutscher Politiker zum ersten Mal die Westmächte gegen den Vorwurf eines »neuen Appeasement« in Schutz nehmen – allerdings in diesem Fall gegenüber der Sowjetunion, und dies in einer »noch stärkeren Metapher«, die für ihn tatsächlich an die »Durchhalteparolen der NS-Zeit erinnerte«, sodass sich der »Kampf der Deutschen und Alliierten um Berlin mit dem Kampf der Sowjetunion um Stalingrad« gleichsetzen ließ.<sup>155</sup>

Im zeitlichen Kontext der Luftbrücke vollzog sich schrittweise die administrative und politische Teilung Berlins. Infolge heftiger Kontroversen angesichts der Frage, wer die Kontrolle der Berliner Polizei ausübt, wurde bei der Sitzung der Stadtverordneten am 23. Juni 1948 der kommunistische Polizeipräsident Markgraf vom Magistrat suspendiert. Der sowjetische Stadtkommandant weigerte sich, die Entscheidung zu akzeptieren. Daraus entwickelte sich kurz darauf die Situation, dass in Berlin zwei konkurrierende Polizeipräsiden existierten: eines unter Markgraf im Ostsektor und eines unter dem neuen kommissarischen Leiter, Johannes Stumm, im Westen Berlins. Wenige Monate später entschied sich die Stadtverordnetenversammlung, ihren Sitz nach Westberlin zu verlegen, weil die SED ihre parlamentarische Unterlegenheit immer wieder in Zusammenarbeit mit der sogenannten Markgrafpolizei zu kompensieren suchte und die Sitzungen störte. Konkreter Auslöser für die Verlegung war die am 6. September 1948 durchgeführte Sprengung der frei gewählten Stadtverordnetenversammlung durch kommunistische Demonstranten. Daraufhin protestierten am übernächsten Tag auf dem Platz der Republik schätzungsweise 300 000 Berliner, die, so Wolfgang Benz, »freiwillig gekommen waren – im Gegensatz zu den Demonstrationen im Ostsektor, deren Teilnehmer auf Befehl der Sowjets und der SED erscheinen mußten –, gegen die Vertreibung des städtischen Parlaments aus dem Stadthaus«<sup>156</sup>.

153 Wolfgang Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1999, S. 21.

154 Hier zit. n. Dülffer, Jalta 4. Februar 1945, S. 230 f.

155 Ebd., S. 231.

156 Benz, Die Gründung der Bundesrepublik, S. 33 f.

Die administrative Spaltung der Stadt schritt voran. Seit November besaß Berlin zwei Stadtregierungen: eine für die drei Westsektoren sowie eine für den Ostsektor. Gemäß der Vorläufigen Verfassung fanden am 5. Dezember 1948 in den drei Westsektoren Berlins Wahlen statt, aus denen die SPD mit 64,5 Prozent als eindeutiger Sieger hervorging. Zwei Tage später wurde Ernst Reuter von der Stadtverordnetenversammlung zum neuen Oberbürgermeister Westberlins gewählt.

Stalins Kalkül, mit der Berliner Blockade die Westmächte zu einem Rückzug aus Westberlin zu zwingen und deren Pläne für die Errichtung eines westdeutschen Staates aufzugeben, zeitigten also keinen Erfolg. Ganz im Gegenteil. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 wurde hierdurch sogar beschleunigt. Am 23. Mai 1949, elf Tage nach dem Ende der Blockade, trat das Grundgesetz in Kraft. Insbesondere die amerikanische Regierung als Führungsmacht der westlichen Staaten erkannte, dass die Berlinkrise zu einem Testfall geworden war. Denn die Stadt besaß eine hohe symbolische Bedeutung auch für die Menschen außerhalb Deutschlands, auch insofern, als in dieser zugespitzten und historisch einmaligen Situation die USA unter Beweis stellen konnten, wie weit man für die Verteidigung der Freiheit zu gehen bereit war. Gleichzeitig zum sowjetischen Erpressungs- und Hegemonialversuch standen neben der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Regierung selbstverständlich auch geopolitische Interessen auf dem Spiel. Nicht zuletzt wegen der Berlinkrise wurden die Vereinigten Staaten zu einer europäischen Macht. Denn so viel war den Beteiligten klar: Sollte ganz Berlin als westliche Enklave inmitten der sowjetischen Einflussphäre unter Stalins Herrschaft geraten, hätte dies die politischen Kräfteverhältnisse in Europa empfindlich verändert.<sup>157</sup>

Die Vereinigten Staaten erzielten durch ihr konsequentes Einschreiten gegen die Blockade Westberlins durch die Sowjetunion einen enormen Prestigeerfolg und erreichten in Westdeutschland eine verstärkte »Westbindung«. Zudem beschleunigte die Berlinkrise die Einbindung der westeuropäischen Länder in das militärische Verteidigungsbündnis unter der Führung der USA, das mit dem Vertrag über die Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO) gegründet wurde. Die Bevölkerung Berlins wiederum lernte angesichts der Lage der Stadt inmitten des kommunistischen Herrschaftsbereiches und aufgrund der gemachten Erfahrungen mit dem sowjetischen Besatzungsapparat die zentrale Bedeutung der politischen Freiheit schätzen. Zweifelsohne spitzte sich der Kampf der »feindlichen Systeme« im Jahre 1948 in Berlin zu und erreichte mit der Blockade und der Luftbrücke seinen ersten krisenhaften Höhepunkt.<sup>158</sup>

Allerdings kam die tatsächliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Führungsmächten aus der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten alsbald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Gang. Die Rivalität der beiden Hauptkontrahenten zeigte sich beispielsweise in dem Versuch, über den kulturpolitischen Bereich poli-

157 Siehe Wetzlaugk, *Berliner Blockade und Luftbrücke 1948/49*, S. 89–92.

158 Siehe hierzu auch den aus aktuellem Anlass geschriebenen Artikel von Charles J. V. Murphy *Die Konstruktion der Luftbrücke. Eine Reportage* (*Der Monat* 1 [1949], H. 4, S. 41–49); vgl. hierzu auch die beiden Leserbriefe unter der Überschrift »Armenhaus-Psychose?« sowie die näheren Anmerkungen der Zeitschriftenredaktion in *Der Monat* 1 (1949), H. 6, S. 106 f. Hierbei handelt es sich um die einzigen Beiträge im *Monat*, die sich mit der Berliner Blockade und der Luftbrücke 1948/49 beschäftigen.



tisch und ideologisch an Einfluss zu gewinnen. Im Zentrum vieler Aktivitäten stand die »Frontstadt Berlin«.

## 4. Die besondere Funktion des *Monat* im Nachkriegsdeutschland und die Rolle der Totalitarismustheorie

### 4.1 Die Nürnberger Prozesse und die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur

Wie gezeigt, kamen bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges aufseiten der vier Alliierten im Allgemeinen und den Vereinigten Staaten im Besonderen Planungen in Gang, die sich mit der Frage beschäftigten, wie nach dem militärischen Sieg über das nationalsozialistische Herrschaftssystem die tatsächliche Nachkriegspolitik in Deutschland aussehen solle. Im Rahmen der Überlegung, wie durch das komplexe Programm der Demilitarisierung, der »Reeducation« (und später der »Reorientation«) die politische Kultur in Deutschland grundsätzlich demokratisch gestaltet werden könne, spielten bereits die geplanten sogenannten Kriegsverbrecherprozesse eine wesentliche Rolle. Die Vereinbarungen der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz sahen bekanntlich eine rigorose »Entnazifizierung« von Verwaltung, Bildung, Kultur und öffentlichem Leben, d. h. also der gesamten deutschen Gesellschaft, vor. Damit alle Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben entfernt werden konnten, sollte durch eine generelle Säuberung die politische Vergangenheit aller erwachsenen Deutschen genau geprüft werden und falls sich eine Schuld oder Verstrickung in das NS-Regime feststellen ließ, je nach Schwere und Grad mit Haft, Berufsverbot oder Geldbußen geahndet werden. Zudem hatte man bereits während des Krieges die strafrechtliche Verfolgung von nationalsozialistischen Kriegsverbrechern festgelegt.

Auch wenn aufgrund des Londoner Abkommens der Alliierten vom 8. August 1945 in erster Linie beabsichtigt wurde, die Hauptverantwortlichen für die nationalsozialistischen Verbrechen nach Kriegsende vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, wollte man gleichwohl den Eindruck vermeiden, dass die Kriegsverbrecherprozesse als Rachetribunale der Siegermächte aufzufassen seien.<sup>159</sup> Dem Londoner Abkommen beigelegt war das Statut für den Internationalen Militärgerichtshof (IMT), der am 20. November 1945 in Nürnberg den Prozess eröffnete,<sup>160</sup> wobei der Ort von den Alliierten keineswegs zufällig bestimmt wurde. Als Stadt der Reichsparteitage und Rassengesetze besaß Nürnberg einen hohen symbolischen Charakter. Insbesondere die Vereinigten Staaten verfolgten unter anderem das Ziel, neben der Weltöffentlichkeit die deutsche Bevölkerung auf der Grundlage umfassenden Beweismaterials über den kriminellen Charakter des Regimes aufzuklären. Mit anderen Worten: Es sollte auch zur Sprache gebracht werden, wie unter Beteiligung eines Teils der deutschen Gesellschaft der nationalsozialistische Staat Terror als ein Instrument gegen Andersdenkende, Kritiker, politische Gegner und ethnische Minderheiten sowohl in Deutschland

159 So Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 42.

160 Vgl. *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. 42 Bde., Nürnberg 1947–1949.